



Weichsel-Warthe

Mitteilungsblatt der Landmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e.V. (Polen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien)

65. Jahrgang

Mai 2017

Folge 5

Neujahrsgespräch beim Hessischen Ministerpräsidenten

„Ministerpräsident Bouffier ermuntert, bei der Kulturarbeit neue Wege zu gehen“

Seit vielen Jahren ist es Tradition, daß der Hessische Ministerpräsident die Vertreter der Vertriebenenverbände und Landmannschaften Hessens zu einem Neujahrsgespräch in die Staatskanzlei in Wiesbaden einlädt. Auch in diesem Jahr fand dieses Gespräch statt. Für die Landmannschaft Weichsel-Warthe nahm Bundessprecher Dr. Martin Sprungala daran teil.



Gruppenbild vor dem Neujahrsgespräch in der Hessischen Staatskanzlei

Ministerpräsident Volker Bouffier hatte zum 16.2.2017 zum traditionellen Neujahrsgespräch mit den Landmannschaften, Vertriebenen- und Spätaussiedlerverbänden geladen. Gemeinsam mit Kultusminister Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz und der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, fand ein ungezwungener Gedankenaustausch statt.

Seit dem Jahr 1999 ist die alljährliche Einladung des Hessischen Ministerpräsidenten an die Vertriebenenverbände zum Neujahrsempfang in die Hessische Staatskanzlei gute Tradition. Seinerzeit von Roland Koch begründet, wurde dieser Termin von Volker Bouffier, der durch seine aus dem Banat stammende donauschwäbische Mutter selbst einen Vertreibungs-hintergrund hat, nach seinem Amtsantritt 2010 fortgesetzt. Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter des Bundes der Vertriebenen (BdV), der Landmannschaft der Deutschen aus Rußland (LMDR) und der Deutschen Jugend aus Rußland (DJR) waren in diesem Jahr der Einladung zum Gedankenaustausch gefolgt. Neben dem BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortman und dem Landesvorsitzenden der LMDR, Johann Thießen, war auch der Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung Reinfried Vogler anwesend. Aus dem Landtag nahmen der Vorsitzende des Unterausschusses für Heimat-

vertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung Hans-Jürgen Irmer, MdL, und Ullrich Caspar, MdL, an der Veranstaltung teil.

In seiner Grußansprache dankte Ministerpräsident Bouffier insbesondere der Landesbeauftragten für ihr großes Engagement und ihre hervorragende Arbeit. Margarete Ziegler-Raschdorf sei mit ganzem Herzen und großem Elan bei der Sache. „In Hessen und Baden-Württemberg genießen die Vertriebenen eine besondere Wertschätzung. Ich verspreche Ihnen, daß dies in Hessen auch in Zukunft so bleibt“, versicherte der Ministerpräsident. Die Einführung des landesweiten „Hessischen Gedenktages für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ im Jahr 2014 unterstreiche dies. Da es in den vergangenen Jahren jedoch immer Terminkollisionen mit dem „Tag des offenen Denkmals“ am zweiten Septembersonntag gegeben habe, sei der Termin mit Kabinettsbeschluß vom 6. Februar nun auf den dritten Sonntag im September verlegt worden.

Im vergangenen Jahr habe er beim Neujahrsempfang versprochen, daß er sich um die alte Heimat kümmern werde. „Das Versprechen habe ich gehalten.“ Er sei im vergangenen Jahr in Rumänien gewesen und habe dort auch Siebenbürgen besucht. In Hermannstadt und Klausenburg habe er nicht nur blühende Städte vorgefunden,

sondern auch ein kulturell vielfältiges deutsches Leben. Gemeinsam mit dem deutschstämmigen rumänischen Präsidenten Klaus Johannis sei eine Vereinbarung getroffen worden, in Fragen der Bildung, auf kulturellem Gebiet und wirtschaftlich künftig eng zusammenzuarbeiten. Angesichts der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage in vielen ehemals sozialistischen Staaten Ost- und Südosteuropas sei eine derartige enge Kooperation mit den jüngeren Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ganz besonders wichtig. „Der Transformationsprozeß hat viele Probleme mit sich gebracht, die zum Teil noch immer nicht gelöst sind. Nach 1990 hat es große Hoffnungen gegeben, aber auch viele Enttäuschungen. Einige der hieraus resultierenden Entwicklungen sind besorgniserregend“, so der Ministerpräsident weiter. Da die Vertriebenen vielfach ihre Wurzeln in diesen Ländern hätten, seien sie als glaubwürdige Brückenbauer zu ihren Herkunftsgebieten dazu befähigt, einen wertvollen Beitrag zu gegenseitigem Verständnis und partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu leisten. Dies gelte vor allem auch für die Deutschen aus Rußland, deren Bedeutung er in diesem Zusammenhang besonders hervorhob.

Mit Blick auf die Zukunft der Vertriebenenarbeit regte der Ministerpräsident an, „neue Wege“ zu beschreiten: „Die Kernfrage, die wir beantworten müssen, ist, warum sich ein junger Mensch heute noch mit der Thematik beschäftigen soll.“ Eine Antwort hierauf zu finden sei möglich, jedoch müsse diese nach vorne gerichtet sein. „Traditionspflege ist nicht das Anbeten der Asche, sondern das Weiterreichen des Feuers“, zeigte sich der Ministerpräsident überzeugt. In einer neuen Welt könne man nicht mit alten Antworten kommen. Ihm zufolge ist die Kultur für eine Gesellschaft das, was für den Einzelnen das Gedächtnis sei. Wer sein Gedächtnis verliere, habe keine Möglichkeit mehr, sich zu orientieren und zurechtzufinden. Gerade in einer immer unübersichtlicheren und instabileren Welt sei Orientierung jedoch unerlässlich: „Um die globalen Herausforderungen zu bestehen, brauchen wir ein festes Fundament.“ Es gelte daher, die Traditionen hochzuhalten und sich zu den Wurzeln zu bekennen. Indem jungen Menschen vermittelt würde, was gewesen ist, könnte dies helfen, die Gegenwart besser zu verstehen.

BdV-Landesvorsitzender Ortman dankte dem Ministerpräsidenten für die besondere Wertschätzung, die er den Vertriebenen und Spätaussiedlern entgegenbringe. Gleiches gelte für die Unterstützung des Landes beim Erhalt des Kulturgutes und der Erinnerungsarbeit. Anknüpfend an die von Volker Bouffier angesprochenen bewegten Zeiten, welche die Welt gerade durchlebe, verwies er auf das Motto, unter welches in diesem Jahr das 60-jährige Bestehen des BdV gestellt sei: *„60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“ – unser Leitwort ist heute aktueller denn je.* Gleiches gelte für die Bedeutung von Verständigung und Austausch. Wie in jedem Jahr organisiere daher das Deutsch-Europäische Bildungswerk e.V. (DEB) – eine Tochter des BdV – auch 2017 wieder mehrtägige Reisen in die Herkunftsgebiete der Heimatvertriebenen und Aussiedler. Ausdrücklich lud er die Vertreter aus Politik und Ministerien ein, an den diesjährigen Fahrten nach Polen, Rumänien und Slowenien teilzunehmen. Ferner dankte Ortman allen, die daran mitgewirkt haben, daß ehemalige deutsche Zwangsarbeiter seit vergangenem Sommer nun Anträge auf Entschädigung stellen können. Dies sei seit vielen Jahren eine Forderung des BdV gewesen. Auch wenn es sich bei den 2.500 Euro nur um einen symbolischen Betrag handele, sei zu begrüßen, daß das Leid der ehemaligen Zwangsarbeiter dadurch zumindest anerkannt würde.

Auch in diesem Jahr wurde dem Thema Flucht und Vertreibung im Schulunterricht beim Neujahrsgespräch ein besonderer Stellenwert beigemessen. Zur Freude der Anwesenden wußte Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz von zahlreichen begrüßenswerten Entwicklungen in der Bildungspolitik zu berichten. Wie im vergangenen Jahr bereits angekündigt, sei im aktuellen Schuljahr im Kerncurriculum für die Oberstufe im Fach Geschichte das Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg nun verbindlich festgeschrieben worden. „Das ist ein Quantensprung“, meinte Minister Lorz. Erfreulich sei ferner, daß das Programm „Zeitzeugen in die Schulen“ von den Schulen gut angenommen werde. Die vom BdV zusammengestellte Zeitzeugenliste werde regelmäßig angefordert. Ende 2016 sei zudem die DVD „Flucht-Vertreibung-Aussöhnung 1945-2015“ des „Weilburger Forums“, dem Preisträger des Hessischen Preises „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ 2015 mit einem Begleitschreiben des Ministers an alle weiterführenden Schulen im Land versandt worden. Die von ihm mitgebrachten Exemplare der DVD ließ er im Saal verteilen. Auch die Digitalisierung und Aktualisierung der Lehrerhandreichung des Kultusministeriums „Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales

Problem“ werde realisiert und den Schulen zur Verfügung gestellt.

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf begrüßte diese Fortschritte sehr und nannte sie „einen großen Schritt.“ Sie dankte dem Ministerpräsidenten und Kultusminister für die stetige Unterstützung der Belange der Vertriebenen und Spätaussiedler. Im Anschluß daran gab es angeregte Gespräche zwischen den Teilnehmenden und den Vertretern der Landesregierung zu verschiedenen, Vertriebe-

Besuch im Rußlanddeutschen Museum in Detmold

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß die Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) mit ihren vier höchst unterschiedlichen größeren Siedlungsgruppen und ihren zahlreichen Siedlungseinseln, die im Vorkriegspolen liegen, kein eigenes Museum hat. Dazu haben die eigenen Ressourcen nie gereicht. So entstanden die Heimatarchive der Deutschen aus Mittelpolen (mit Wolhynien), der Galizien- und polen, die sich inzwischen beide in der Martin Opitz-Bibliothek befinden, und das noch existierende kleine Archiv der Posener, das unter der Leitung der Gemeinschaft Evangelischer Posener im D. Paul Blau-Haus in Lüneburg steht.

Ein Teilbereich der LWW-Gruppen wird aber von einem bereits existierenden Museum wahrgenommen, nämlich die Wolhyniendeutschen. Diese Siedlungsgruppe hat in ihrer nur kurzen Geschichte das schwerste Schicksal aller Deutschen aus dem Vorkriegspolen erlitten: gerufen, bereits vor dem 1. Weltkrieg vom politischen System drangsaliert, wurde ihr Siedlungsgebiet im Krieg eines der schrecklichsten Kampfgebiete im Osten, sie selbst gerieten unter den Generalverdacht des potentiellen Verrats und wurden im Jahr 1915 ins Innere Rußlands bis hin nach Sibirien deportiert. Als Gedenken der Deportation der Wolhyniendeutschen errichtete das Wolhynische Umsiedlermuseum in Linstow im Mai 2015 einen Gedenkstein für die Opfer von Flucht und Vertreibung (siehe WW 7/2015).

Das schwere Schicksal ging nach 1918 weiter. Es folgte der Bürgerkrieg in Rußland, die erschwerte Rückkehr der Wolhyniendeutschen in eine zerstörte Heimat, gefolgt vom Polnisch-Russischen Krieg, der das Gebiet auf zwei Staaten verteilte, gefolgt von den Zwangsumsiedlungen und Verbrechen in den beiden Gebieten durch die Kommunisten und Nationalsozialisten.

Die russischen Wolhyniendeutschen organisierten sich in der Landsmannschaft der Rußlanddeutschen und werden daher auch in dem Museum für Rußlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold mit ihrer Geschichte dargestellt. Daher gibt es hier eine starke Überschneidung mit der Arbeit der LWW, wie die LWW-Delegation

ne und Spätaussiedler betreffende Fragen.

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf zeigte sich abschließend sehr zufrieden mit dem Empfang: „Einmal mehr wurde ersichtlich, daß unserem Ministerpräsidenten ebenso wie der gesamten Landesregierung an einem intensiven Dialog und engen Austausch mit den Vertriebenenverbänden sehr gelegen ist. Dies zeigt, daß Heimatvertriebene und Spätaussiedler nach wie vor einen politischen Schwerpunkt in Hessen bilden.“



bei ihrem Besuch feststellen konnte, denn viele Quellen und Literatur stammen von Nikolaus Arndt und dem Historischen Verein Wolhynien e.V.

Die Zusammenarbeit ist bereits einige Jahre alt. Der Historische Verein gehört zu den Fördermitgliedern und sie stehen, vor allem in der Familienforschung, in engem Kontakt. Auch das Wolhynische Umsiedlermuseum in Linstow war bereits mit einer Delegation hier. Ende September 2008 unternahm der Heimatverein Linstow e.V. auf Einladung der Museumsmitarbeiterin, Frau Dr. Katharina Neufeld, mit seinen Vereinsmitgliedern eine Bildungsfahrt nach Detmold (siehe: <http://umsiedlermuseum-wolhynien.de/events/event08detmold.htm>)

Der Bundessprecher hielt es daher für angebracht, sich selber einmal dort bekannt zu machen und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu sondieren. Ein weiterer Anlaß war die Information der Kulturreferentin (BKM), die für die LWW-Gebiete zuständig ist, daß in naher Zukunft ein neuer Kulturreferent für die Rußlanddeutschen und die Deutschen aus den LWW-Gebieten zuständig sein soll (siehe WW 1/2017). Auf Einladung des seit 1.2.2017 im Amt befindlichen Museumsdirektors, Kornelius Ens, besuchten der Sprecher, der stv. Bundessprecher Dr. Lothar Jakobi und der Vorsitzende des Heimatkreis Ausschusses Wolhynien Walter Manz am 15.2.2017 das Detmolder Museum. Die weiteren Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes konnten aus gesundheitlichen Gründen an diesem Besuch nicht teilnehmen und ließen sich entschuldigen.

Die Entstehung des Rußlanddeutschen Museums

Am Anfang stand eine Vision. Die Initiative ging von dem Physiklehrer Otto Hertel (1919-1999) aus. Er war Rußlanddeutscher und engagierte sich bereits in der Sowjetunion für Menschenrechte ebenso wie für die Rechte und Interessen der Rußlanddeutschen. Hertel war der festen Überzeugung, daß Menschen ohne Vergangenheit keine Zukunft haben können.

Konsequent sammelte er erste Objekte und erstellte eine Wanderausstellung, um die historischen Wurzeln für die kommenden Generationen in Erinnerung halten zu können. Hertel war viele Jahre Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland in Nordrhein-Westfalen. Er pflegte eine enge Partnerschaft mit dem Christlichen Schulförderverein Lippe. Auf dem Detmolder Gelände der privaten August-Hermann-Francke-Gesamtschule war 1988 ein erster Ausstellungsraum für das geplante Museum eingerichtet worden. Hier entstand dann Jahre später auch wirklich das Museum, das am 16.3.1996 offiziell eröffnet wurde. Es war zwar auf kleinem Raum untergebracht, umfaßte aber schon (fast) alles, was ein Museum benötigt: eine Dauerausstellung, eine Sammlung, eine Bibliothek, ein Archiv und ein kleines Büro.

Der Standort erwies sich als museumspädagogisch ideal, weil die umgebenden Schulen von vielen rußlanddeutschen Schülerinnen und Schülern besucht werden.

Nach Hertels Tod übernahm im Jahr 1999 Dr. phil. Katharina Neufeld die Leitung des Museums. Sie ist Mitbegründerin des Museums. Frau Neufeld ist Historikerin und begann ihre wissenschaftliche Laufbahn an der Staatlichen Universität Samara. 1998 wanderte sie nach Deutschland aus und fand hier anfangs eine halbtägige Anstellung und war für die Bibliothek zuständig.

Im Jahr 2002 wurde der Verein für rußlanddeutsche Kultur und Volkskunde e. V. gegründet. Er übernahm die Trägerschaft des Museums mit dem Ziel, die Arbeit auszuweiten und auch langfristig auf sichere Füße zu stellen.

Der Christliche Schulförderverein Lippe e. V. schlug 2009 vor, für das Museum einen Neubau zu erstellen, so entstand ein Gebäude, das allen musealen Bedürfnissen gerecht wird: Auf zwei Etagen finden sich heute die Dauerausstellung, eine Bibliothek, Magazin- und Archivräume sowie Räume für Wechselausstellungen.

Im Juli 2011 wurde die neue Dauerausstellung „Ausgepackt. Die Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Rußland“ mit einem zweitägigen Fest und über 1.000 Besuchern feierlich eröffnet.

Lange Zeit wurde das Museum wesentlich durch die ehrenamtliche Arbeit des Trägervereins mitgetragen. 2016

ermöglichte eine Projektförderung der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, weiteres wissenschaftliches Personal anzustellen. Nach der Pensionierung von Dr. Katharina Neufeld im November übernahm sie noch die Einarbeitung ihres Nachfolgers, Cornelius Ens. Zwei Tage nach dem Besuch der LWW-Delegation wurde sie offiziell verabschiedet.

LWW und Museum vereinbaren Zusammenarbeit

Herr Ens begrüßte die LWW-Delegation und stellte sein Museum vor. Mit ihm vertreten war Frau Dr. Katharina Neufeld. Der Bundessprecher dankte für die Einladung und stellte kurz die Landsmannschaft Weichsel-Warthe, ihre Aufgabe und ihre Siedlungsgruppen vor.

Der Austausch von Informationsmaterialien wurde zugesagt und eine künftige Zusammenarbeit vereinbart. Die Idee, die Wanderausstellung des Wolhynischen Umsiedlermuseums in Linstow hier zu zeigen, war schon vor längerer Zeit in Aussicht genommen worden. Nun konnte man die genauere Planung und Finanzierung besprechen. Neben den Mitteln der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), Kulturstatsministerin Prof. Dr. Monika Grütters, kommt der Landkreis Lippe in Frage. Bei diesem Besuch erfuhren die LWW-Vertreter auch, daß die bzw. der neue Kulturreferent (BKM) erst im Jahr 2018 eingestellt und seine Arbeit in Detmold aufnehmen wird.

Das Museum in Detmold hat im Landkreis Lippe, vertreten durch Herrn Bernd-Heinrich Korte, einen engen und guten Ansprechpartner. Der Genannte ist der LWW zudem bereits gut bekannt, denn Herr Korte koordiniert auch die Patenschaft zum Heimatkreis Kolmar i. P. und zur Partnerschaft mit der heutigen Posener Stadt Chodzież.

Herr Ens vertritt in diesem Dreieck (Museum – LWW – Landkreis Lippe) eine gute Arbeitsgruppe für die Umsetzung von Patenschaftsprogrammen. Er kündigte zudem an, selbst das Museum in Linstow kennenlernen zu wollen.

Da Herr Ens noch einen weiteren Termin hatte, führte Frau Dr. Neufeld die Delegation durch das Museum und erläuterte Aufbau und Struktur der Dauerausstellung, die nach modernen museumsdidaktischen Methoden gestaltet ist.

Nach der ausführlichen Führung auch durch die Buchbestände dankte der Sprecher und verabschiedete sich mit den Worten, daß es sicherlich nicht der letzte Besuch von LWW-Vertretern hier sein werde.

Das Museum für rußlanddeutsche Kulturgeschichte befindet sich in der Georgstr.24 in 32756 Detmold, Tel. 05231-92 16 90, Öffnungszeiten: Mo. Ruhetag, Di.-Fr. 14-17 Uhr, Sa. 11-17 Uhr.

Dr. Martin Sprungala

Jahrbuch Weichsel-Warthe 2017

Das aktuelle Jahrbuch befindet sich seit einiger Zeit im Verkauf und stieß auf positive Resonanz. Themenschwerpunkte sind das in diesem Jahr hochaktuelle Jubiläum der Reformation „500 Jahre Reformation in Polen-Litauen und Glaubensflüchtlinge in Polen“. Zahlreiche Beiträge beschäftigen sich mit diesem Thema. Aber auch der hochinteressante Vortrag von Dr. Herfried Stingl „Die Bedeutung der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission“ bei der Bundeskulturtagung 2016 stieß vielfach auf großes Interesse.

Neben den allgemeinen Themen widmet sich das Jahrbuch auch den Teilgebieten der Landsmannschaft Weichsel-Warthe. Mit Galizien beschäftigt sich dieses Mal nur ein Beitrag von Prof. Dr. Erich Müller, dem ehemaligen Kulturreferenten des Galiziendeutschen Hilfskomitees. Er schrieb über „Auschwitz und die Migration von Osteuropäern“.



Der Bezugspreis beträgt für das Einzel exemplar 10,50 €, bei Abnahme von 3-9 Exemplaren je 9 € und von mehr als 10 Exemplaren je 8,45 €. Verwenden Sie bitte den Überweisungsvordruck (WW 10/2012) und überweisen Sie den Bezugspreis oder fordern Sie Exemplare bei der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr.35 III, Tel. 0611/379787, Fax: 0611/1574972, E-Mail: LWW@gmx.de, gegen Rechnung an.

Wo Heimat daheim ist Hilfestellung für die Betreiber ostdeutscher Sammlungen

„Die Ostdeutschen Heimatsammlungen und -stuben stellen ein unverzichtbares deutsches und gemeinsames europäisches Kulturerbe dar, das zu erhalten und weiter zu entwickeln Aufgabe sowohl der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Kom-

munen) als auch der Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen ist. Hierfür lohnt sich jede Anstrengung“, schreibt Dr. Ernst Gierlich, Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, in der Ende 2016 erschienenen „Handreichung für die Betreiber ostdeutscher Heimatsammlungen“.

Im Rahmen der Sicherung des in den Heimatsammlungen vorhandenen bedrohten Kulturgutes geht es um Maßnahmen zur Erstellung von individuell angepaßten Beratungskonzepten und um eine umfassende Informationsvermittlung. Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn, hat gemeinsam mit Haus Schlesien, Königswinter, zwei Tagungen abgehalten (siehe WW 8-9/2016). Die Programme der gut besuchten Veranstaltungen enthielten Vorträge von Experten aus verschiedenen Fachbereichen und Praxis-Berichte von Heimatstubenbetreuern. Weitere Ziele der Begegnungen waren die verstärkte Vernetzung und der rege Erfahrungsaustausch der Sammlungs-Betreiber mit Fachleuten und untereinander. Ergänzend leistet die von Elke Wilming, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, herausgegebene „Handreichung für die Betreiber ostdeutscher Heimatsammlungen“ Hilfestellung bei der Arbeit in den Sammlungen.

Die Broschüre enthält praktische Informationen zu Fragen der Inventarisierung und Dokumentation, der sach- und fachgerechten Präsentation der Exponate sowie Literaturhinweise und Adressen von Ansprechpartnern. Die Handreichung bietet den Heimatstubenbetreuern nicht zuletzt auch interessante Hinweise rechtlicher Art.

Ein Kernkapitel der Broschüre befaßt sich mit dem Rückblick auf die bisherigen Projekte zur Dokumentation ostdeutscher Heimatstuben und Beispiele zur jüngsten Entwicklung in Niedersachsen sowie auf die Ergebnisse einer im Rahmen des aktuellen Projektes im Jahre 2016 vorgenommenen Fragebogenaktion. Es galt, den Status quo der ostdeutschen Heimatsammlungen und -stuben in Deutschland – gleich welchen landsmannschaftlichen beziehungsweise regionalen Bezuges – zu ermitteln und Perspektiven für die künftige Arbeit der Betreuer aufzuzeigen. Insgesamt wurden über 600 Fragebögen gemäß den im Rahmen des Projektes des BKGE Oldenburg ermittelten Adressen an die einschlägigen Einrichtungen versandt. Ausgefüllt kamen 140 Fragebögen zurück, darunter auch vier von aufgelösten Sammlungen. Die nachzulesenden Auswertungen der Rückläufe sind aussagekräftig.

In der Broschüre ist auch der „Rückblick auf Projekte zur Dokumentation ostdeutscher Heimatstuben und Beispiele zur jüngsten Entwicklung in Niedersachsen“ von Ulrike Taenzer, einer Kulturwissenschaftlerin aus Verden, abgedruckt. Der

Bericht enthält unter anderem Erkenntnisse, die im Rahmen der ersten Heimatsstubentagung vorgestellt wurden. Von Silke Findeisen, Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrott, stammen die Vorträge „Kostbar und historisch wertvoll – sachgerechte Lagerung und Präsentation von Exponaten“ sowie „Registrierung und Inventarisierung“. Nachzulesen ist auch das Referat „Angewandte Museumsdidaktik und praktische Tips für Heimatsammlungen“, das Maike Trentin-Meyer vom Deutschordensmuseum Bad Mergentheim im Rahmen der zweiten Tagung präsentiert hat. „Rechtliche Informationen zum Ehrenamt“ steuern Fritz Marx, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, und die Rechtsanwältin Eimer Heuschmid Mehle, Bonn-Beuel, bei.

Das 78 Seiten umfassende, farbig illustrierte Handbuch kann bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen kostenlos angefordert werden. (kulturstiftung@t-online.de).

Dieter Göllner (KK 1376, S. 21)

Zwischen Ratlosigkeit und Misstrauen

Fünf Fragen an

Professor Dr. Jerzy Maćków

Professor Dr. Jerzy Maćków, Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft (Mittel- und Osteuropa) an der Universität Regensburg, analysiert die aktuellen Spannungen in den deutsch-polnischen Beziehungen und innerhalb der politischen Landschaft Polens. Dabei zeigt er Defizite des politischen Diskurses auf allen Seiten auf.

2016 stand unter dem Vorzeichen des 25-jährigen Bestehens des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages. In welchem Zustand sehen Sie heute diese Nachbarschaft?

In einer seltsamen Krise. Ökonomisch, menschlich, kulturell entwickeln sich die Beziehungen zwar nicht überragend – das war übrigens im letzten Vierteljahrhundert zu keinem Zeitpunkt der Fall gewesen – aber doch kontinuierlich zum Besseren. Politisch haben wir es dagegen mit einer Weigerung beider Seiten zu tun, nach gemeinsamen Interessen zu suchen. Diese irgendwie wehleidige Haltung hat sich auch in der Öffentlichkeit beider Länder breitgemacht.

Welchen Anteil hat die gegenwärtige polnische Regierungspolitik an diesem Zustand – welche womöglich auch deutsche Reaktionen auf diese?

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2015 brachten in Polen die überwältigenden Siege des großen politischen Lagers, das von der Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit) geführt wird. Dieses Lager mißtraut Deutschland und will enger mit den Visegrad-Staaten zusammenarbeiten. Da die deutschen Medien und die deutsche Diplomatie die Bundesrepublik

auf eine solche Wende im Nachbarland nicht vorbereitet haben, ignoriert Deutschland nun etwas ratlos die Kritik der polnischen Regierung an den deutschen Geschäften mit Gazprom, an der „nicht nachvollziehbaren“ deutschen Flüchtlingspolitik oder daran, daß sich die Bundesrepublik stets gegen die NATO-Basen in Polen und im Baltikum aussprach; Präsident Obama setzte diesem Widerstand beim Warschauer NATO-Gipfel 2016 ein Ende. Umgekehrt bestätigt das deutsche Anprangern des rabiatischen Umgangs der Parlamentsmehrheit mit dem Verfassungsgericht in Polen die polnische Regierung in ihrer Wahrnehmung, die Bundesrepublik finde sich damit nicht ab, daß das ihr gefügige polnische Establishment wegen seines Opportunismus und seiner Arroganz abgewählt wurde.

Die Opposition gegen den Kurs der Regierung formiert sich im „Komitet Obrony Demokracji“ (Komitee zur Verteidigung der Demokratie). Welchen Einfluß hat diese Organisation auf den innerpolnischen und grenzübergreifenden politischen Diskurs?

Die Opposition in Polen ist geteilt, personell miserabel aufgestellt und unfähig, parlamentarische Arbeit zu betreiben. So rächt sich der Umstand, daß das Establishment im vergangenen Vierteljahrhundert keine richtigen politischen Parteien, sondern reine Machtvereine gebildet hat. Sowohl die bis 2015 regierende „Bürgerplattform“ (PO) als auch die nach post-sowjetischem Muster eigens für Wahlkampfzwecke gegründete „Nowoczesna“ (Moderne) entbehren des Parteigeistes – „party spirit“. Gemäß der Parteienforschung bildet sich dieser in einer langen ideellen Auseinandersetzung aus, die beiden Gruppierungen ganz unbekannt ist. Auch die PiS wird übrigens stramm geführt, sie ist aber durch konsequente Rhetorik der sozialen Fürsorge, des Patriotismus und der Modernisierung ihren Hauptgegnern im Parlament ideell weit überlegen. Unter diesen Umständen wurde die Protestbewegung KOD, die von einem Teil der Mittelklasse unterstützt wird, zum dynamischsten Teil der Opposition. Die PO und die „Moderne“ haben sich in ihrer Schwäche entschieden, zu dieser außerparlamentarischen Opposition hinzuzustoßen. Deshalb führt die Opposition ihren politischen Kampf vor allem in den eigenen Massenmedien und auf der Straße. Diese Vorgehensweise gegen die nach wie vor populäre Regierung könnte in Gewalt umschlagen. Die PiS agiert zwar oft schier hoffnungslos tolpatschig und selbstherrlich, sie hat dennoch an einer solchen Eskalation kein Interesse. Auch die Übertragung des polnischen Konfliktes auf die EU-Ebene erhöht die Eskalationsgefahr.

Welche Bedeutung kommt in der jetzigen Situation der Erfahrung mit der sowjetischen Gewaltherrschaft und ihrer

Überwindung zu: Dienen sie eher der historischen Legitimation des national-konservativen Lagers – oder der Bürgerrechtsbewegung?

Aus der Sicht der Regierung hat das bisherige Establishment die Werte, für die die Gegner des Kommunismus kämpften, nach 1989 verraten und eigene Interessen auf Kosten der einfachen Menschen und der polnischen Unabhängigkeit verfolgt. Sie blendet dabei aus, daß die Solidarność-Bewegung auch für stabile, unabhängige Institutionen gekämpft hat. Die Opposition hat wiederum kein Problem damit, in ihren angeblichen Kampf für Demokratie und gegen den Totalitarismus Offiziere des kommunistischen Sicherheitsdienstes sowie der „Volksarmee“, deren Rentenprivilegien die PiS abgeschafft hat, einzuspinnen. Diese großartige polnische Tradition wird also von den Konfliktparteien regelrecht ruiniert.

Was können die deutschen Vertriebenenverbände zu einer Entspannung der aktuellen Situation beitragen?

Sie sollen nicht den Eindruck erwecken, daß sie in dem in Polen so genannten „polnisch-polnischen Krieg“ Partei ergreifen. Vielmehr könnten sie mit Polen aller politischen Lager, die nach wie vor Europabegeistert sind, europäische Interessen verfolgen. Es bietet sich in diesem Zusammenhang an, zusammen an der Unterstützung der für die Zukunft Europas augenblicklich zentralen Staaten – der Ukraine und des vom Kreml zunehmend bedrohten Belarus – zu arbeiten. Dabei könnten die deutschen Vertriebenen besonders in den von Versäumnissen der letzten Jahrzehnte gekennzeichneten Prozeß der polnisch-ukrainischen Aussöhnung ihre wertvollen Erfahrungen einbringen.

Die Fragen stellte Tilman Asmus Fischer, stellvertretender Bundessprecher der Landsmannschaft Westpreußen. Erschienen in: Der Westpreuße – Unser Danzig 2/2017.

Gesetz zum guten Ruf Polens: Polen stellt Geschichts- verfälschung unter Strafe

Die Diskussionen über ein neues Gesetz der nationalkonservativen Regierung in Polen reichen inzwischen bis in die deutschen Fachzeitschriften. In der breiten Öffentlichkeit hört man davon nichts. Auch beim Posener DGV-Seminar im Februar 2017 (siehe WW 3+4/2017) wurde dieses neue Gesetz von dem Hamburger Historiker Prof. Dr. Frank Golczewski erwähnt.

Der vorliegende Gesetzentwurf stellt unter Strafe, von Deutschen begangene Kriegsverbrechen den Polen anzulasten. Wir kennen das Problem der Geschichtsverfälschung in Deutschland auch, gerade bei den NS-Verbrechen im 2. Weltkrieg. Die Leugnungen von inzwischen allgemein anerkannten Fakten kollidiert dabei stets mit dem Recht auf freie Meinungs-

äußerung. So weit wie in Polen würde man in Deutschland nicht gehen. Ein Vorgehen gegen z. B. Holocaust-Leugner ist aber dennoch möglich.

Auch in Polen ist es bereits auf der Basis existierender Gesetze möglich, solche Äußerungen zu ahnden. So wurde etwa das ZDF schon 2015 unter der vorherigen PO-Regierung (Bürgerplattform) vor einem Gericht in Krakau verklagt, weil in einer Dokumentation über die Befreiung der Konzentrationslager (KZ) in Polen der Begriff „polnische Konzentrationslager“ verwendet wurde.

Dieser rhetorische Mißgriff unterlief später auch dem US-Präsidenten Barack Obama.

Schon vor dem Gesetzentwurf war es möglich, Auschwitz-Leugner auf Basis anderer Gesetze vor Gericht zu stellen, stellte der Warschauer Juraprofessor Wojciech Sadurski (*1950) fest. Er ist ein scharfer Kritiker des neuen Gesetzentwurfes, denn der Entwurf ist sehr weit gefaßt und enthält einen „Gummiparagraphen“. Das Gesetz enthält auch eine Passage, die Strafen für Falschaussagen über andere, zeitlich nicht definierte Kriegsverbrechen vorsieht. D. h. wer Polen fälschlich anderer Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschuldigt oder die echte Verantwortung für sie verzerrt, soll vor Gericht gestellt werden können.

Auch die Strafen sind keine Bagatellen, denn es sind Gefängnisstrafen vorgesehen für Aussagen, die dem Land fälschlicherweise von Deutschen begangene Verbrechen des 2. Weltkrieges zuschreiben. Der Artikel 5 des Gesetzentwurfes besagt: „*Wer öffentlich und wider die Fakten dem polnischen Volk oder dem polnischen Staat die Verantwortung oder Mitverantwortung für Verbrechen zuschreibt, die während des Dritten Reiches durch die Nazi-Besatzer begangen wurden, kann mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug bestraft werden.*“ Dieser Artikel gilt ausdrücklich „für polnische Staatsbürger und für Ausländer“.

Die Kritiker dieses Gesetzentwurfes sehen in ihm die Gefahr, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und eine wissenschaftliche Aufklärung von Verbrechen zu behindern.

Schon im April 2016 wurde der bekannte polnisch-amerikanische Historiker Jan Tomasz Gross, US-Universität Princeton, von polnischen Staatsanwälten in Krakau verhört. Gross hat intensiv über die antisemitischen Verbrechen der polnischen Untergrundarmee geforscht und seine Bücher sind in Polen höchst umstritten. (siehe WW 6/2011, Empörung in Polen über das neue Buch des US-Soziologen Gross).

Schon in dem vieldiskutierten Buch „Nachbarn“ (2001) hatte er die Schuld polnischer Nachbarn an der Verfolgung mehrerer Hundert jüdischer Nachbarn in Jedwabne (1941) hingewiesen. Das staatliche Institut für nationales Gedenken

(IPN, Instytut Pamięci Narodowej) untersuchte offiziell diese Behauptungen im Jahr 2002 und ein Staatsanwalt des IPN stellte die Richtigkeit der Darstellung von Gross in den wesentlichen Punkten fest (siehe WW 6/2002).

Das IPN ist in Polen nicht nur für die offizielle Geschichtsschreibung und den Schulunterricht zuständig, sondern auch für die Untersuchung u. a. von Kriegsverbrechen. Die Kritiker verweisen auch darauf, daß das Institut seit Kurzem einen neuen Direktor hat, den der Regierungspartei PiS nahestehende Historiker Jaroslaw Szarek (*1963), der in seiner Anhörung im Justizausschuß des Parlaments die polnische Verantwortung für das Jedwabne-Massaker bestritt. In seinen Büchern beschreibt er vor allem polnische Heldentaten, äußern die Kritiker.

Es bleibt weiterhin abzuwarten, wie dieses Gesetz angewandt wird und in welche Richtung sich Polen weiterhin entwickelt.

Die Wanderausstellungen der Stiftung ZgV

Eine zehnjährige Erfolgsgeschichte

Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV) hat eine beeindruckende Erfolgsbilanz für die vergangenen zehn Jahre vorzuweisen. Die historisch und gesellschaftspolitisch ausgerichteten Ausstellungsteile der unter dem Gesamttitel „Heimatweh“ zusammengefaßten Themen wurden in den vergangenen zehn Jahren an mehr als 70 Orten in Deutschland gezeigt. Auch 2017 werden diese Ausstellungen, ergänzt um den neuen Teil „**Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt**“ im gesamten Bundesgebiet unterwegs sein.

Besonders beliebt ist die älteste der Ausstellungen, „**Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts**“ – erstmals 2006 gezeigt. In der Schau werden sowohl gemeinsame als auch unterschiedliche Ursachen, Auswirkungen und Folgen von Vertreibungen unterschiedlicher Völker thematisiert. Beginnend mit dem Völkermord an den Armeniern im Jahre 1915 über die Vertreibung der Juden in Deutschland ab 1933 bis hin zur Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges und den Kriegen um das zerfallende Jugoslawien in den Jahren um 1990 zeigt die Ausstellung in Bildern und Texten menschliche Tragödien, kulturelle Verluste und betreibt politische Ursachenforschung. Die „Erzwungenen Wege“ gastierten an 33 Stationen, an so repräsentativen Orten wie dem der Frankfurter Paulskirche, im Thüringer Landtag, aber auch in Museen und in vielen Rathäusern bundesweit.

In einem großen Bogen umreißt der 2009 erstellte zweite Ausstellungsteil „**Die Gerufenen**“ eine Zeitspanne von 800 Jahren und zeigt die weitgehend unbekanntes Heimat der deutschen Volksgruppen außerhalb des Reiches mit ihrer

Auswanderungs- und Siedlungsgeschichte und das deutsche Leben in Mittel- und Osteuropa. Geographisch gelangt halb Europa in den Blick: von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und vom Böhmerwald bis zum Kaukasus. Es werden Siedlungsgebiete vorgestellt, in denen Deutsche gemeinsam mit anderen Völkern lebten und die nicht zum 1871 gegründeten Deutschen Reich gehörten. „Die Gerufenen“ wanderten zu 13 Ausstellungsorten und waren u.a. im Sächsischen Landtag, im Stuttgarter Rathaus und im Siegburger Kreishaus.

Im dritten Ausstellungsteil „**Angekommen**“ wird die Integration der deutschen Vertriebenen und Aussiedler seit 1945 von der Ankunft, über die ersten Jahre, durch die Wirtschaftswunderzeit bis hin zur Gegenwart beleuchtet. Die Schau, 2012 erstmals im Paul-Löbe-Haus in Berlin gezeigt, war an 20 Orten unterwegs, so im Landtag von Sachsen-Anhalt, in der Martin-Opitz Bibliothek in Herne, im Stadtmuseum Pforzheim, im Rathaus Bremen und im Bundesarchiv in Bayreuth.

Die komplette Trilogie gastiert im Saalbau Bornheim, Frankfurt/M, im Oberschlesischen Landesmuseum Ratingen, im Bayerischen Heimatministerium in Nürnberg und in Berlin.

Die 2016 neu konzipierte und im Berliner Kronprinzenpalais erstmals präsentierte Ausstellung „**Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt**“ widmet sich dem Thema der verschwundenen Spuren deutschen Lebens in den Gebieten, die bis zur Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges von Deutschen besiedelt waren. Die Ausstellung ist nach den Ursachen des Verschwindens konzipiert und wird durch Vorher-Nachher-Bilder visualisiert. Auch Filmbeiträge sind in die Ausstellung integriert.

Die Text- und Bildausstellungen werden einzeln oder als Gesamtschau öffentlich in Rathäusern, Bibliotheken und Museen gezeigt und bieten dem interessierten Publikum auch interaktiven Zugang zu einem gesamtdeutschen Thema. In Museen werden museumspädagogische Begleitveranstaltungen angeboten und symbolhaltige Exponate zur Veranschaulichung des Themas ausgestellt. Als Einstieg oder Ergänzung zum Geschichts- bzw. Gesellschaftskundeunterricht sind die Ausstellungen bestens geeignet. Sie bieten aber auch Menschen, die bisher wenig Zugang zu diesem Kapitel deutscher Geschichte hatten, einen Exkurs zum Thema Heimat, Heimatverlust durch Vertreibungen unterschiedlichster Art und zum mühsamen Neuanfang in einer abwehrenden, oft gar feindseligen Umgebung.

An einigen Stationen werden zusätzlich Begleitveranstaltungen angeboten, die das Thema vertiefen bzw. durch Zeitzeugen-

gespräche auf das individuelle Schicksal herunterbrechen, veranschaulichen und dem Thema auch ein Gesicht geben. Informationen zu den Inhalten, zu den Stationen und Terminen in 2017 sind abrufbar unter <http://bit.ly/2jQsYUk>. Die Ausstel-

lungen werden vom Bund der Vertriebenen mit Förderung des Bundesministeriums des Innern gezeigt und können von interessierten Stellen gebucht werden.

Erika Steinbach, Vorsitzende

Auflösung der Gemeinschaft Evangelischer aus Danzig-Westpreußen

Das kirchliche Hilfskomitee aus dem Gebiet der Nachbarschaftslandmannschaft der LWW, der Landmannschaft Westpreußen, hat seine Auflösung beschlossen. Der nun in Auflösung befindliche Verein wurde am 18.6.1973 gegründet und als Verein „Gemeinschaft Evangelischer aus Danzig-Westpreußen (Hilfskomitee) e.V.“ als rechtsfähiger Verein in das Vereinsregister eingetragen. Der Verein hatte seinen Sitz in Lübeck. Von Anfang an gab es eine enge Verbindung mit dem Posener Hilfskomitee, der „Gemeinschaft Evangelischer Posener (Hilfskomitee) e.V.“, die in der Zwischenkriegszeit kirchlich eng zusammenarbeiten.

Mit dem Wiedererstehen Polens und den Regelungen des Versailler Vertrages kamen die ehemaligen preußischen unierten Kirchenprovinzen Posen und Westpreußen zu großen Teilen unter polnische Herrschaft. Generalsuperintendent der „Kirchenprovinz Posen der Evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen Preußens“ war D. Paul Blau (1861-1944), der nach 1920 in Posen im Amt bleiben konnte und dem es auch gelang, die westpreußischen Gebiete an sich zu binden.

Dem Druck der polnische Regierung hatte Blau 1922 nachgeben müssen und die Einheit mit der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union gelöst, doch dem Versuch die Kirchenprovinz Posen dem Warschauer Konsistorium der augsburgischen Kirche des ehemals Russisch-Polen unter Generalsuperintendent Juliusz Bursche (1862-1942 im Gefängnis Berlin-Moabit) zu unterstellen, widersetzte er sich. So wurde die „Unierte Evangelische Kirche in Polen“ (Kościół Ewangelicko-Unijny w Polsce) selbständig. Blau gelang es, die pommerellischen evangelischen Kirchengemeinden, die bei Schaffung der Freien Stadt Danzig nicht an diese, sondern zu Polen kamen sowie die Kirchengemeinden im ehemals ostpreußischen Kreis Soldau dafür zu gewinnen, sich der Unierten Evangelischen Kirche in Polen anzuschließen.

Trotz dieser starken Gemeinsamkeit entstand 1946 ein eigenes Hilfskomitee, das „Hilfskomitee der Evangelischen aus Danzig-Westpreußen im Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland“, das sich 1973 zu dem o. g. Verein umwandelte. Der erste Vorsitzende war

Oberkonsistorialrat D. Gerhard Gülzow (1904-1980), der auch der letzte Bischofsverwalter der Danzig-Westpreußischen Kirche gewesen ist. Er war auch Vorsitzender des Ostkirchenausschusses, dessen aktueller Nachfolger nun Pastor Christfried Boelter, der Vorsitzende der Gemeinschaft Evangelischer Posener e.V., ist.

Vorsitzender der Gemeinschaft Evangelischer aus Danzig-Westpreußen ist der Bielefelder Pastor i. R. Klaus Illmer-Kephalides. Er und sein Vorstand empfahlen im Oktober 2015 den Mitgliedern die Auflösung, der die Mitgliederversammlung am 30.4.2016 in Lübeck einstimmig zustimmte.

Die Liquidationsfrist endet am 1.8.2017. Das Restvermögen wird nach der Drucklegung des letzten Kirchenbriefes vom Dezember 2016 (Nr. 224) auf die vier Partnergemeinden in Zoppot (Sopot), Bromberg (Bydgoszcz), Thorn (Toruń) und Elbing (Elbląg) verteilt. Die Akten kommen in das Evangelische Zentralarchiv nach Berlin.

Alle Kirchenbriefe werden demnächst digital auf einer CD verfügbar sein. Bestellungen dafür nimmt Helmut Brauer entgegen (Binnenland 14 c, 23556 Lübeck; helmutbrauer@aol.com).

„In den sieben Jahrzehnten nach dem Kriegsende 1945 ist darin viel geschehen. Wir haben mitgeholfen, auf dieser Basis neu miteinander zu leben“, schrieb der Vorsitzende der Gemeinschaft, Pfarrer i.R. Klaus-Illmer-Kephalides in seinem Brief an die Leserschaft und fügt die Bitte hinzu: „Die bisherigen Leserinnen und Leser mögen in ihrer der Heimat verbundenen Gesinnung fest bleiben und auch die in der Gegenwart sich vollziehenden Veränderungen in den sich entwickelnden Kontakten zwischen den deutschen Evangelischen und den polnischen Lutheranern wahrnehmen und mit ihrem Gebet begleiten.“ Den Mitgliedern der Gemeinschaft wird außerdem die Gemeinschaft Evangelischer aus Posen empfohlen, deren Mitteilungsblatt, die „Posener Stimmen“, auch Informationen aus dem Danzig-westpreußischen Raum berücksichtigen werden und bereit sind, Reiseberichte u.ä. aufzunehmen.

M. Sp.

Spendenaufruf

Die **Stiftung Kulturwerk Wartheland** (KWW) unterstützt langfristig die vielfältigen kulturellen Aktivitäten der Landsmannschaft Weichsel-Warthe aus den Erträgen der Stiftung. Dies ist verstärkt in der Zukunft nur möglich, wenn das Stiftungskapital erhöht wird. Helfen auch Sie uns mit einer Spende als Zustiftung, diese Zukunftsaufgabe auf Dauer zu verwirklichen.

Konto der Stiftung Kulturwerk Wartheland, 65185 Wiesbaden Friedrichstr.35 III, Sparkasse Hannover, IBAN: DE57 2505 0180 0000 8672 25, SWIFT-BIC: SPKHDE2HXXX.

WW-Notizen

Zeitliche Begrenzung kommunaler Spitzenämter in Polen: Viele Bürgermeister, Stadtpräsidenten und Landräte sind in Polen seit vielen Jahren im Amt. Die PiS-Regierung in Warschau plant nun, die Amtszeit kommunaler Spitzenämter auf zwei Wahlperioden zu begrenzen. Das geplante Gesetz ist nicht nur unter Kommunalpolitikern heftig umstritten und sorgt für viele Diskussionen.

Polen behaupten, Tennis-Heldin ist gar keine Deutsche: So betitelte Focus-Online einen Beitrag über die Tennisspielerin Angelique Kerber. Fakt ist, daß sie 1988 in Bremen geboren wurde und sich nach eigenen Aussagen als Deutsche fühlt und auch für den deutschen Sportverband spielt. Neben der deutschen Staatsbürgerschaft besitzt Kerber aufgrund des in Polen geltenden Zuteilungsprinzips auch die polnische Staatsbürgerschaft. Ihre Eltern Slawomir Kerber und Beata Butcher kamen kurz vor ihrer Geburt im Jahr 1987 aus Polen nach Bremen. Ihr Vater war in Polen als Tennisspieler erfolgreich und trainierte auch seine Tochter. Auf der polnischen Internetseite von Wikipedia steht, daß der Familienname Kerber die polonisierte Form von Körber ist. Kerbers Großeltern leben in Puszczykowo an der Warthe, das früher Unterberg (Kr. Schrimm) hieß. Der Ort hat seit 1962 Stadtrecht und wuchs durch seine Nähe zu Posen. Hierhin hat Kerber seit Ende 2012 auch ihren ersten Wohnsitz verlegt, da hier die Großeltern und weitere Verwandte leben.

Hans-Koch-Buch auch auf Ukrainisch: Dem umstrittenen Theologen und Osteuropahistoriker Hans Koch, 1894 in Lemberg geboren, 1959 in München gestorben, hatte Erasmus Zöckler, Enkel Theodor Zöcklers, im vergangenen Jahr ein Buch gewidmet, das über das Hilfskomitee der Galiziendeutschen zu beziehen ist: „Hans Koch, Erzählte Erinnerungen an die Weltkriege in der Ukraine. Mit einem Anhang: Erasmus Zöckler: Erinnerungen an meinen Patenonkel Hans Koch“. Am 6.10.2016 wurde die ukrainische Übersetzung dieses Buches in der Bibliothek der Deutschen Fakultät der Universität Ivano-Frankivsk präsentiert. (Blickpunkt Galizien 6/16)

Mitteilungen der Bundesgeschäftsstelle

Jahrbuch-Paten gesucht

Liebe Leser und Landsleute, der Bundesvorstand bittet Sie, auch für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2018“ eine Patenschaft zu übernehmen, weil die Landsmannschaft immer mehr auf die Unterstützung ihrer Mitglieder und Förderer, der Leser des Mitteilungsblattes und unsere Landsleute angewiesen ist.

Liebe Landsleute, bitte helfen Sie mit, dass wir mit unserem Jahrbuch die kulturelle, grenzüberschreitende und verständigungspolitische Arbeit fortsetzen können.

Jahrbuch-Paten können Mitgliedsverbände unserer Landsmannschaft, nahestehende Organisationen und Privatpersonen werden. Gedacht ist an Patenschaften von 100,- € und mehr. Es können auch mehrere Einzelpersonen oder Mitgliedsverbände gemeinsam Jahrbuch-Pate werden.

Durch diese Patenschaft sollen vor allem die Mehrkosten finanziert werden, die bei der Erstellung und dem Vertrieb des Jahrbuchs entstehen. Durch die Spenden ist es der Landsmannschaft auch möglich, zusätzliche Jahrbücher an interessierte Personen und Einrichtungen in unseren Heimatgebieten im Posener Land, in Mittelpolen, Wollhynien und Galizien kostenlos zu senden.

Sollten Sie sich entschließen, Jahrbuch-Pate zu werden, so bitten wir, uns die unten abgedruckte Erklärung unterschrieben zu senden und Ihre Spende auf unser Konto bei der Sparda Bank Südwest EG, IBAN DE 86 5509 0500 0000 9587 55 (BLZ 550 905 00, Konto-Nr. 958 755), mit dem Kennwort „Pate Jahrbuch“ zu überweisen.

Bitte vermerken Sie auf der Erklärung, ob die Jahrbuch-Patenschaft durch eine Privatperson oder einen unserer Mitgliedsverbände bzw. eine nahestehende Organisation übernommen wird. Privatpersonen wird eine Spendenbescheinigung unaufgefordert zugeleitet.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung, die es uns ermöglicht, das Jahrbuch als wichtiges Bindeglied zu unseren Landsleuten, Freunden und Förderern weiterhin herauszugeben.

In landsmannschaftlicher Verbundenheit grüßt

Ihr Dr. Martin Sprungala
Bundessprecher/Bundesvorsitzender

----- hier bitte abtrennen und einsenden -----

An die
Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e.V.
Friedrichstraße 35/III
65185 Wiesbaden

Ich (Wir) beteilige(n) mich (uns) an der Spendenaktion „Jahrbuch-Pate“ mit Euro.

Name und Anschrift des privaten Spenders/ der privaten Spender oder der Mitgliedsgruppe (n)

Der Betrag wird auf das Konto der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., BLZ 550 905 00, Konto-Nr. 958 755 bei der Sparda Bank Südwest E.G. mit dem Vermerk „Pate Jahrbuch“ überwiesen.

Ich benötige eine Spendenbescheinigung (bitte Namen und vollständige Anschrift):

....., den 2017

.....
Unterschrift und Anschrift,
soweit abweichend

Allen Spendern herzlichen Dank

In der Zeit vom **1. Januar bis 31. März 2017** gingen bei uns Spenden in Höhe von insgesamt **€ 1.104,50** ein. Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Weichsel-Warthe dankt allen Spenderinnen und Spendern dafür sehr herzlich.

Es spendeten: Adams, Harry Johannes, Furth im Wald, 150,-; Baron, Josef, Ober Wiederstedt, 29,50; Beyme, Fritz von, Bad Bramstedt, 29,-; Blanz, Johanna, Salzgitter, 19,50; Bülow, Dr. Bernd

von, Haltern, 30,-; Dreyling, Henning, Münster, 10,-; Frey, Marta, Georgenthal/Thüringen, 35,-; Gabriel, Waldemar, Schwabach, 13,-; Gebel, Werner, Ratingen, 29,-; Grabbel, Hildegard, Hamburg, 29,50; Grüter, Jürgen, Oberhausen, 30,-; Heinecke, Ingeborg und Otto, Heeßen, 20,-; Henning, Monika und Peter, Hamburg, 44,50; Hess, Alice, München, 23,-; Kreisler, Hedwig, Rodenbach, 30,-; Laukamp, Martha und Kurt, Bad Segeberg,

14,50; **LWW-Kreisgruppe Wesel**, 30,-; **Malachowski**, Hartmut, Winsen/Luhe, 70,-; **Nerling**, Edith und Erwin, Leipzig, 15,-; **Nikolaj**, Alfred, Wittenberg, 19,50; NN, 30,-; **Oberhoffner**, Elisabeth und Edgar, Teutschenthal, 14,50; **Probol**, Artur, Groß-Gerau, 14,-; **Schlak**, Manfred, Ebstorf, 120,-; **Schubert**, Adelheid, Haan, 20,-; **Siehler**, Heinrich, Bad Pyrmont, 19,50; **Sponagel**, Reinhold, Maulbronn, 39,50; **WiedenlÜbbert**, Urszula und Georg, Troisdorf, 59,50; **Wolff**, Kurt, Herdecke, 14,50; **Zoeckler**, Friederike und Erasmus, 39,50.

Herzlichen Dank sagen wir auch für die vielen kleinen Spenden, die aus Platzmangel nicht aufgeführt werden können und die doch unsere Arbeit für Sie ermöglichen. Wir hoffen, keine Spender übersehen zu haben und sind auch weiterhin auf Ihre Spende angewiesen, um unsere vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können.

Gleichzeitig teilen wir mit, dass unsere Landsmannschaft laut Freistellungsbescheid des Finanzamtes Wiesbaden I, St. Nr. 43 250 72357 vom 26. November 2015 ausschließlich gemeinnützigen Zwecken, nämlich Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, dient und daher berechtigt ist, Spendenbescheinigungen auszustellen.

Wenn Sie eine Spende einzahlen, lassen Sie bitte den Einzahlungsabschnitt von der Bank abstempeln. Für Spenden ab 100,- Euro erhalten Sie automatisch von der Bundesgeschäftsstelle eine Spendenquittung zugeschickt. Bei kleineren Beträgen stellen wir diese auf Wunsch gern aus.

Unser Spendenkonto der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband, lautet: Sparda Bank Südwest EG, Nr. 958 755, BLZ 550 905 00, IBAN: DE86 5509 0500 0000 9587 55, BIC: GENODEF1S01.

Glückwünsche

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Weichsel-Warthe gratuliert herzlich, verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Wohlbefinden

Magdalena Oxfort M. A., geb. am 6. Mai 1972 in Stettin/Szczecin, zum **45. Geburtstag**. Sie ist seit 2005 Kulturreferentin des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) für Westpreußen und vertritt seit 2008 auch die Belange unserer Landsmannschaft. Ihr Arbeitstitel lautet seither Kulturreferentin (BKM) für Westpreußen, Posener Land, Mittelpolen, Wolhynien und Galizien.

Prof. Dr. Erich Müller, geb. am 8. Mai 1927 in Lemberg (Galizien), zum **90. Geburtstag**. Er war bis 2011 Kulturreferent des Hilfskomitees der Galiziendeutschen und Mitredakteur des „Zeitweiser der Galiziendeutschen“. Er ist Verfasser zahl-

reicher Beiträge des Jahrbuchs Weichsel-Warthe und des Kulturwarts, Träger des Kulturpreises unserer Landsmannschaft (2000) und seit 2012 Ehrenmitglied im Bundesverband der LWW.

Prof. Dr. med. Erasmus Zöckler, geb. am 14. Mai 1925 in Bromberg, zum **92.**

Aus unserer Arbeit

Berichte der Heimatkreisgemeinschaften, LWW-Landesverbände und Kreisgruppen

Heimatkreisauschuß Wolhynien

Walter Manz, Goethestraße 17,
06507 Gernrode, Tel. 039485-610446

Freundeskreis Moczulki/Matschulek: Konzert Ruslana in Hannover

Manche erinnern sich vielleicht noch an Ruslana, weltbekannte Musikerin, Sängerin und Tänzerin aus der Ukraine. Sie gewann u.a. den Eurovision Song Contest 2004.

Einige Zeit war es um sie still geworden, aber nur in musikalischer Hinsicht. Sie wurde vor allem politisch aktiv und dadurch in gewisser Weise zu einer Symbolfigur.

Ihr humanitäres Engagement ist ihr eine echte Herzensangelegenheit, sie kämpft leidenschaftlich für Freiheit und Menschenrechte und gegen Menschenhandel und Korruption in der Ukraine. Für ihren Einsatz während der Maidan-Revolution erhielt sie u.a. in Köln 2015 den Lew-Kopelew-Preis für Frieden und Menschenrechte.

Am 10. Dezember gab sie für 2016 in Deutschland ihr einziges (Benefiz)-Konzert in Hannover, es war ein musikalisches Feuerwerk aus ukrainischen Weihnachtsliedern und ihren weltbekannten Hits.

Bei der Werbung für dieses Konzert durfte Walter Manz vom Freundeskreis Moczulki/Matschulek ein ganz klein wenig mitwirken und hatte als „Belohnung“ hierfür die Gelegenheit, sich vor dem Konzert zirka eine halbe Stunde mit der Künstlerin zu unterhalten.

Er war vorgewarnt, aber es kam wirklich noch intensiver:

Ruslana ist ein wahres Energiebündel, nicht nur auf der Bühne – ihre positive Energie übertrug sich sofort und für sie ist unser Engagement in und für Wolhynien sehr beeindruckend.

Es ist nicht zuviel versprochen, aber von „Ruslana und Wolhynien“ werden wir noch hören. Fortsetzung folgt.

An dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank an Frau Cora Gehrike.

Das Konzert wurde vom NDR ausgezeichnet und kann angesehen werden unter <http://www.eurovision.de/news/ESC-Gewinnerin-Ruslana-Konzert-in-Hannover,ruslana162.html>

W. Manz

Heimatkreisgemeinschaft Wollstein

Horst Eckert, Am Pathsberg 23,
29549 Bad Bevensen, Tel. 05821-7666

7. Treckfahrer-Erinnerungs- frühstück in Suhlendorf

Am 18.2.2017 um 9:30 Uhr trafen sich die „Wollsteiner“ wieder in Suhlendorf zu einem Treck- Erinnerungsfest in der ehemaligen Verpflegungsstelle der „Wollsteiner“ im Gasthaus Wöbse in Suhlendorf – dem Treckziel im Januar/Februar 1945.

Über 50 Personen hatten sich beim Organisator Werner Gierke (Neuborui) angemeldet, doch die Grippe reduzierte diese Zahl auf 48 Teilnehmer. Das tat jedoch dem Zusammensein keinen Abbruch. Das reichliche und vielseitige Frühstück – besser als 1945 – hat allseits Begeisterung verbreitet.

Nachdem alle gesättigt waren und Messer und Gabel zur Seite gelegt hatten, hielt der Vorsitzende Horst Eckert einen Vortrag an Hand von Bildern über die verschiedenen Siedlungsformen und Stadtpläne von Orten im Kreis Wollstein. Als Vorlage für die Orts- und Stadtpläne dienten Meßtischblätter aus der Kaiserzeit. Hieran konnten die Betrachter gut die Haufen-, Straßen- und Angerdörfer erkennen. Viele Dörfer finden sich auch als Hauländereien in der Streusiedlung und Dörfer der Königlichen Ansiedlungskommission sind als Streusiedlung und Straßendorf angelegt.

Die Städte Wollstein und Kopnitz waren aus dem frühen Mittelalter und teils ungeordnet angelegt. Anders die Stadtpläne von Rakwitz (1668) und Rothenburg a. d. O. (1752). Rothenburg hat sich aus einer im Jahre 1746 angelegten Hauländerei entwickelte. Beide Grundrisse der Städte waren übersichtlich geplant, mit rechtwinkligen Straßenzügen und zentralem Markt.

Mit einer Überraschung begeisterte Karl Heinz Krenz (fr. Mogilno) die Teilnehmer – aus seinem mitgebrachten Zauberkoffer hat er einige Zauberstücke vorgetragen.

Es war wieder eine gelungene Veranstaltung. Um 13 Uhr verließ der letzte Teilnehmer den Saal. Das reichliche Frühstück ersparte die Mittagmahlzeit.

H. E.